

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR und der BA  
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs  
am 30./31.10.2003

9. Ausschluss des Haushaltsscheckverfahrens für Wohnungseigentümergeinschaften

---

- 314.10 S -

Nach § 28a Abs. 7 Satz 1 SGB IV erstattet der Arbeitgeber der Einzugsstelle für einen im privaten Haushalt Beschäftigten anstelle einer Meldung nach § 28a Abs. 1 SGB IV unverzüglich eine vereinfachte Meldung, den so genannten Haushaltsscheck, wenn das Arbeitsentgelt aus dieser Beschäftigung regelmäßig 400 EUR im Monat nicht übersteigt. Das Haushaltsscheckverfahren kann also nur für geringfügige Beschäftigungen nach § 8a SGB IV genutzt werden. Nach Satz 2 dieser Vorschrift liegt eine geringfügige Beschäftigung im Privathaushalt vor, wenn diese durch einen privaten Haushalt begründet ist und die Tätigkeit sonst gewöhnlich durch Mitglieder des privaten Haushalts erledigt wird. Der Gesetzgeber spricht in diesem Zusammenhang von haushaltsnaher Dienstleistung. Hierzu gehören u. a. Tätigkeiten wie die Zubereitung von Mahlzeiten im Haushalt, die Reinigung der Wohnung, die Gartenpflege sowie die Pflege, Versorgung und Betreuung von Kindern, kranken und alten Menschen sowie pflegebedürftigen Personen.

Es ist die Frage gestellt worden, ob auch Wohnungseigentümergeinschaften unter die Vorschrift des § 8a SGB IV fallen. Die Besprechungsteilnehmer verneinen diese Frage. Nach ihrer Auffassung kommen als Arbeitgeber im Haushaltsscheckverfahren nur natürliche Personen in Betracht. Nach dem Willen des Gesetzgebers fallen Beschäftigungen in privaten Haushalten, die durch Dienstleistungsagenturen oder andere Unternehmen begründet sind, nicht unter diese Regelung. Entsprechendes gilt für Beschäftigungen, die mit Wohnungseigentümergeinschaften geschlossen werden, da es sich hierbei nicht um einen Privathaushalt im engeren Sinne handelt (vgl. hierzu auch Ausführungen unter Abschnitt II 8 des Schreibens des Bundesministeriums der Finanzen vom 14.08.2003 - IV A 5-S 2296 b -13/03 -, BStBl I S. 408, zur Anwendung des § 35a EStG).

- unbesetzt -